

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

167. Sitzung

Berlin, Freitag, den 18. März 2005

Tagesordnungspunkt 17:

- a) Erste Beratung des von den Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Norbert Röttgen, Dr. Wolfgang Götzer, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Neuregelung der DNA-Analyse zu Zwecken des Strafverfahrens** (Drucksache 15/4926)
15630 B
- b) Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Norbert Röttgen, Hartmut Koschyk, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der CDU/CSU eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Aufhebung des Richtervorbehalts für die DNA-Analyse anonymer Spuren** (Drucksachen 15/4136, 15/5130)
15630 C
- c) Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Dr. Norbert Röttgen, Hartmut Koschyk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Verbrechen wirksam bekämpfen – Genetischen Fingerabdruck konsequent nutzen** (Drucksachen 15/2159, 15/5130)
.....
15630 C

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 4:

Antrag der Abgeordneten Jörg van Essen, Gisela Piltz, Rainer Funke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **DNA-Reihentests auf sichere Rechtsgrundlage stellen** (Drucksache 15/4695)
15630 D

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! CDU und CSU wollen DNA-Analysen ausweiten, nicht zum ersten Mal, aber immer öfter. Die PDS im Bundestag wird diesem Anliegen erneut nicht zustimmen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Übrigens ist heute der 18. März. In Berlin, am Brandenburger Tor, und auch anderswo wird es zahlreiche Veranstaltungen geben, auf denen parteiübergreifend der Revolution von 1848 gedacht wird.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Wie wäre es mit der Volkskammer?)

Damals ging es um demokratische Rechte, um Bürgerrechte. Die alte Bundesrepublik berief sich gern auf diese Tradition. Das war allerdings gestern. Seit der Vereinigung 1990 erleben wir das Gegenteil. Grund- und Bürgerrechte wurden massiv abgebaut.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

Auch darum geht es heute in der Debatte.

(Dr. Jürgen Gehb [CDU/CSU]: Sie können auf die Daten der SED-Diktatur zurückgreifen!)

– Herr Kollege, regen Sie sich doch nicht so auf!

Laut Grundgesetz gilt, dass jede und jeder über persönliche Daten **selbst bestimmen** kann. Ausnahmen, so sagt das Bundesverfassungsgericht, müssen wohlbegründet sein und äußerst restriktiv behandelt werden. DNA-Daten sind sehr sensible Daten. CDU und CSU wollen sie dennoch mehr denn je erfassen, speichern und nutzen. Das dahinter stehende Menschenbild erschreckt mich, Herr Kollege, weil dann alle potenziell verdächtig sind. Das lehnt die PDS ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/ CSU]:
Das Menschenbild der DDR ist erschreckend!)

Dahinter steckt übrigens auch ein gefährliches Gesellschaftsmodell, wonach der Staat aus Sicherheitsgründen möglichst alles wissen muss. Da Sie gerade über die Geschichte, auch die Geschichte der DDR, reden: Ich hätte nicht geglaubt, dass man so wenig aus der Geschichte lernen kann und mit solchen Initiativen in den Bundestag geht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Leider stehen CDU und CSU keinesfalls allein da, wenn es um den **Abbau von Bürgerrechten** geht. Sie haben mit dem Innenminister Schily einen sehr verlässlichen Patron und Patriarchen in der rot-grünen Koalition. Er forderte am Wochenende, Telekommunikationsdaten sollten mindestens zwölf Monate gespeichert werden, also alle Telefonverbindungen, E-Mails, SMS und mehr. Der Deutsche Anwaltverein spricht von staatlicher Schnüffelei in unerträglicher Dimension. Ich finde, er hat Recht. Selbst die Telekommunikationsanbieter monieren, das alles sei zu teuer und viel zu bürokratisch. Auch das ist nachvollziehbar, allerdings nicht das dringendste Argument. Die eigentliche Gefahr für die Bürgerrechte und die Verfasstheit unserer Gesellschaft ist größer. Denn wer mit der Zeit geht, das Internet nutzt, mobil telefoniert oder sich navigieren lässt – all jene müssen in Kauf nehmen, dass sie zunehmend ausgespäht werden und diesen Einbruch in ihre Privatsphäre auch noch selbst bezahlen müssen.

Das ist übrigens keine pure Folgefrage der technischen Entwicklung, sondern das ist eine Folgefrage an die Politik.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die Politik muss eingreifen, wenn technischer Fortschritt demokratische Errungenschaften bedroht. Sie tut es aber nicht oder nur unzureichend. Die Anträge der CDU/CSU und die Vorstöße des Innenministers sind in ihrem Anspruch das Gegenteil einer modernen und demokratischen Zivilgesellschaft. Genau diese Absage an die Bürgerrechte lehnt die PDS im Bundestag ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])